

Wolfgang Fritz Haug

Imperium oder Imperialismus?¹

I.

Der gesunde Menschenverstand, spottet Hegel einmal, ist der größte Metaphysiker. Im Namen der Dinge zieht sich diesem auf ebenso undurchsichtige wie scheinhaft einleuchtende Weise das vermeintliche Wesen eines Dings zusammen. Der Name, notiert der vormarxistische Walter Benjamin, ist >der eigentliche Anruf der Sprache< (GS II, 145). Dem liegt die Vorstellung der Erschaffung der Welt durch Gott zugrunde: >nur dort ist der Name, weil er im Innersten mit dem schaffenden Wort identisch ist, das reine Wesen der Erkenntnis.< (148) Louis Althusser hat unser Verständnis für die ideologische Funktion des Namens geschärft, über den jedes Individuum als Subjekt angerufen wird, >und zwar in einem passiven Sinn<, wie er hervorhebt, >denn es ist nie es selbst, das sich seinen Namen gibt< (1977, 145). Solchen Namenszauber muss der historische Materialist wieder und wieder brechen. So auch bei der Frage, die sich uns heute stellt, >Imperium

¹ Thesen zur gleichnamigen Tagung in Athen, 31. März bis 1. April 2006; auf deutsch zuerst erschienen in *Das Argument* 267, 48. Jg., 2006, H. 4, 512-21.

oder Imperialismus?< Um sie erörtern zu können, sind diese Namen in Begriffe zu verwandeln. Was gewöhnlich als Begriff gilt, ist indes nur dessen Name. In ihm ist der Prozess des Begreifens erstarrt. Unter dieser Kruste, die wir mit dem Begriff verwechseln, >bewegen sich die Dinge hinweg<, wie Brecht sagt. Natürlich ist davon ein so wichtiger Begriff wie >Imperialismus< nicht ausgenommen. Ohne zu vergessen, was früher unter dieser Nomenklatur erarbeitet worden ist, müssen wir doch jederzeit neu anfangen, die Zusammenhänge, um die es geht, >durchzusprechen< im ursprünglichen Wortsinn des griechischen *dialogízomai*. Es versteht sich, dass es dabei nicht mit ein paar kurzen Bemerkungen getan ist. Unsere Frage verlangt eine vielstimmige internationale Diskussion. Der zwar langfristig angelegte, jedoch erst in Reaktion auf die Anschläge vom 11. September 2001 voll zum Zuge gekommene Paradigmenwechsel der US-amerikanischen Politik von einer >multilateralen< Hegemonie zur tendenziell >unipolaren Militärherrschaft der USA< (Roth 2005, 30), hat die >dritte Welle< der Imperialismustheorien (Anderson 2004, 848) in Gang gesetzt.

Der lateinische Ausdruck Imperium leitet sich vom Verb *imperare* ab, das *befehlen* meint, wie es in der grammatikalischen Kategorie des *Imperativs* oder der sprachlichen >Befehlsform< erhalten ist. *Imperium* ist die Befehlsgewalt. Die Realisation von Befehlen hängt von der Macht des Befehlenden ab. Max

Weber definiert sie bekanntlich als die >Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht<. Herrschaft definiert er als >die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden< (WuG, I, §16). Diese Personalisierung verdeckt die von Marx analysierte >Herrschaft des Kapitalisten über die Arbeiter<, die primär indirekte Herrschaft im Sinne der >Herrschaft der [...] dem Arbeiter gegenüber verselbständigten *Arbeitsbedingungen*< ist, bei der >die Waren [...] zu Herrschaftsmitteln [...] über die Arbeiter werden< (Res, 18). Wie das Geld seinem Besitzer >allgemeine Herrschaft über die Gesellschaft, über die ganze Welt der Genüsse, Arbeiten etc.< verleiht (MEW 42, 149), ist die Kapitalherrschaft eine sachlich vermittelte. Erst im Betrieb herrscht der Kapitalist unmittelbar durch Befehl, dessen Verweigerung er mit Entlassung quittiert. Eigentum, das diese Herrschaft fundiert und vermittelt, sowie Befehlsgewalt, die sie aktualisiert, verlangen nach zwei Faktoren, deren Gegensatz die Welt aller Imperative in der einen oder anderen Weise strukturiert: Zustimmung und Zwang.

Wie werden wir die Begriffe Imperium und Imperialismus voneinander und von sozial-ökonomischer Herrschaft des Kapitals einerseits, staatlicher Herrschaft andererseits abgrenzen? Am einfachsten haben es diejenigen, die

mit Max Weber im >^imperialistischen^^ Kapitalismus [...] von je her die normale Form der Wirkung kapitalistischer Interessen auf die Politik< sehen (WuG, Kap. VIII, §4). Aber dann hat der Begriff Imperialismus keinen eigenen Gegenstand mehr und ist entbehrlich. Werden wir grenzüberschreitende Herrschaft auf kapitalistischer Grundlage imperialistisch nennen, sozusagen die Außenpolitik des nationalstaatlich eingebetteten und zusammenfassend nach außen vertretenen Kapitals? Oder werden wir mit Anleihen von Antonio Gramsci das Verhältnis von Konsens und Zwang, in anderen Worten: von Hegemonie und Diktatur zum Kriterium machen? Oder der durch die Gewalt eines Staates der Ökonomie eines anderen Staates aufgezwungene ungleiche Tausch? Hans-Jürgen Bieling fasst den Diskussionsstand folgendermaßen zusammen:

>Die meisten neueren imperialismustheoretischen Beiträge haben sich von zentralen – ökonomistisch-instrumentalistischen – Grundannahmen der klassischen Imperialismustheorien verabschiedet [...]. Sie [...] gehen davon aus, dass die imperiale Logik des Kapitals – als eine dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenwirkende Bewegung – einen permanenten Prozess darstellt, der vor allem mit Prozessen der ursprünglichen Akkumulation und Enteignung verbunden ist [...] und dass die entwickelten kapitalistischen Staaten ihr breites Arsenal von Machtinstrumenten nicht mehr zur Errichtung ^formeller^^, sondern eher ^informeller^^ imperialer Strukturen mobilisieren.< (2005, 248)

Bieling selbst geht davon aus, >dass Herrschaftsbeziehungen im globalen Kapitalismus nicht notgedrungen imperialistisch sein müssen<, und schlägt

vor, >Imperialismus und Hegemonie als jeweils spezifische inter- bzw. transnationale Herrschaftsformen auf der gleichen Abstraktionsebene anzusiedeln; und zwar als zwei Varianten oder Pole, die ein unterschiedliches Mischungs- bzw. Artikulationsverhältnis von Zwangs- und Konsenselementen umschließen.< (250) Bei alledem zeichnet sich im transnationalen High-Tech-Kapitalismus eine >Systematisierungsweise des Gesellschaftlichen< ab, die sich als >mixed economy von Mustern< beschreiben lässt (Haug 1996/2005, 80). >Was ^Staat^^ ist, nimmt immer stärker öffentlich-private Mischformen an.< (Hirsch 2000, 335)

Unsere Leitfrage >Imperium oder Imperialismus?< hätte sich damit schon verändert. Imperium stünde für Hegemonie, Imperialismus für Diktatur. Beides wären Idealtypen, die in Wirklichkeit niemals rein vorkommen. Wir hätten demnach konkret die organische Zusammensetzung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu untersuchen, und das auf mehreren Systemebenen, die nicht notwendig gleichgerichtet sind. Die amerikanische ^Weltpräsidentschaft^^ wäre sowohl als dominant konsensuell gestützte wie auch als dominant repressiv gegründete denkbar. Und es wäre ein Ringen denkbar, bei dem es genau um diesen Dominanzunterschied geht. Auch wenn es, legt man den Grad der Ablehnung in der Weltbevölkerung zugrunde, nach >militärischer Weltherrschaft< (Roth 2005, 21) und nach >Herrschaft ohne

Hegemonie< (Haug 2003, 239ff) aussieht, können die Herausgeber des *Socialist Register* in ihrer zweiten Imperialismus-Nummer feststellen, dass alle ihre Autoren >recognize that what most distinguishes US supremacy in the new imperial order is not its military and surveillance power, huge though that is, but the penetration of the states, economies, and social orders of the other leading countries by the US state, US corporations, and US values< (Leys/Panitch 2004, VII).

II.

Die Frage >Imperium oder Imperialismus?< spielt auf einem hintergründigen Doppelsinn: Das >oder< kann inklusiv oder exklusiv gelesen werden. Im ersten Fall ist Imperialismus die Manifestation des Imperiums, im zweiten existiert *entweder* das Imperium *oder* der Imperialismus. Einiges deutet darauf hin, dass der Titel der athener Tagung -- >Imperium oder Imperialismus? -- die zweite, exklusive Lektüre unterstellt. Denn Michael Hardts und Antonio Negris Buch *Empire*, das im Jahre 2000 Furore machte, beginnt bekanntlich mit der These vom Ende des Imperialismus. Bereits ein Jahr später schien es dementiert zu sein durch den Umschlag der US-Politik von >wohlwollender Hegemonie< zur Politik der Übermacht. Und wiederum zwei Jahre später

konnten Leo Panitch und Sam Gindin sagen, Hardt/Negri seien mit ihrem Satz, kein Nationalstaat könne mehr im Zentrum eines imperialistischen Projekts sein, >bizarrr< aus der Zeit gefallen (2003, 4).

Die Bundesgenossen fanden sich plötzlich als Vasallen behandelt. Dass nicht alle die Degradierung zu Vasallen hinnahmen, hat Europa gespalten. Die Nato-Staaten waren uneins. Einige traten der >Koalition der Willigen< bei. Andere, angeführt durch Frankreich und Deutschland, widersetzten sich. Einige der Willigen ließen sich, wie wir inzwischen wissen, sogar in die Logistik der CIA integrieren, dem Globus umspannenden Geflecht von Geheimgefängnissen, Subunternehmen des Verhörs unter Folter, was eine >Delokation< des US-Gewaltstaats, seine disperse Relokation in Dutzenden anderer Staaten und damit eine Neutralisierung der US-Justiz ermöglichte. Jedenfalls setzte nicht nur in Europa, sondern im gesamten internationalen Staatensystem ein Stühlerücken ein, das man mit einem Ausdruck des Börsenjargons als >Seitwärtsbewegung< bezeichnen könnte. Zwar war mit den Neinstimmen im Weltsicherheitsrat, dessen Legitimation die USA für ihren Irakkrieg verlangt hatten, das Maximum des direkten Widerstands der Regierungen erreicht. Ihre Sicherheitsapparate hörten unterdessen nicht auf, denen der USA zuzuarbeiten. Doch zugleich kam es zu Annäherungen vor allem zwischen Kerneuropa, Russland und China, die ihrerseits begannen,

zumal mit Indien, Brasilien, aber auch Südafrika Strukturen eines Weltmarkts unterhalb des Weltmarkts zu entwickeln.

Es ist also kaum fünf Jahre her, dass der Begriff >Imperium< Eingang in die allgemeinere politische Umgangssprache der Gegenwart fand. Noch jünger ist die beginnende Renaissance der Imperialismustheorien. Um 1990 war das Thema >so gut wie verschwunden von den Seiten marxistischer Zeitschriften< (Patnajak, zit.n. Panitch/Gindin 2003, 2). Nicht einmal der erste Golfkrieg, von den USA ersichtlich geführt um die Kontrolle der Öl-Reserven im Nahen Osten, rief den Imperialismusbegriff aus der Versenkung zurück. Die Sache selbst war nie verschwunden. Man muss nur das Argument ansehen, mit dem Michael Ignatieff 2003 seine Aussage, >Amerikas gesamter Krieg gegen den Terrorismus ist eine Ausübung von Imperialismus<, rechtfertigte: >Aber wie sollte man die US-amerikanischen Legionen von Soldaten, Spionen und Spezialeinheiten, die den Globus umspannen, sonst nennen?< (Zit.n. Harvey 2005, 11) Panitch und Gindin zitieren ein sicherheitspolitisches Dokument von 1950, wo es heißt: >Even if there were no Soviet Union we would face the great problem [... that] the absence of order among nations is becoming less and less tolerable< (2003, 18). Wenn der Anspruch der USA, mit Zuckerbrot und Peitsche die Welt zu ordnen, imperialistisch genannt werden kann, weil er Herrschaft über das national-

konstitutionelle Territorium auf den gesamten Globus erstreckt, dann hatte die US-Politik seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs nie aufgehört, dem Muster eines global ausgreifenden Imperialismus zu folgen.

Wenn das so ist, wie konnte dann der Imperialismusbegriff aus der marxistischen Diskussion weitgehend verschwinden?

In diesem Verschwinden wirken mehrere Determinanten zusammen. Ich konzentriere mich auf eine derselben, weil ich sie für entscheidend halte. In aller Kürze: Wer im Marxismus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts >Imperialismus< sagte, bezog sich in der Regel auf Lenins zuerst 1917 veröffentlichte Schrift *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*. Dem Rückblick scheint sie zwar als >konjunkturelle Analyse unanfechtbar<, doch im Überwiegen ihrer konjunkturellen Gebundenheit >hardly a theory< (Ahmad 2003, 48). Was diese Schrift theoretisch desavouiert, ist die im Titel ausgedrückte These, die Lenin auch seinem Artikel >Der Opportunismus und der Zusammenbruch der II. Internationale< vom Januar 1916 zugrunde gelegt hatte. Ich zitiere: >Die Epoche des imperialistischen Kapitalismus ist die des reifen und überreifen Kapitalismus, der vor dem Zusammenbruch steht, der reif ist, dem Sozialismus Platz zu machen.< (LW 22, 108) Als die >Epoche des fortschrittlichen Kapitalismus< bestimmte Lenin die Zeit von der Französischen Revolution von 1789 bis zur Niedermetzelung der Pariser

Kommune von 1871. Seine Kriterien für die Einstufung als >fortschrittlich< sind >Niederringung des Feudalismus, des Absolutismus< sowie die >Abschüttelung des fremden Joches<, also die nationale Befreiung (ebd.). Doch das sind nicht die Kriterien des *Kommunistischen Manifests* und nicht die des historischen Materialismus. Kriterium ist nicht, wie im *Kapital* von Marx, die durchs Kapital vorangetriebene Entwicklung der >kooperativen Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, der bewussten technischen Anwendung der Wissenschaft, der planmäßigen Ausbeutung der Erde, der Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, der Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, der Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit des internationalen Charakters des kapitalistischen Regimes< (MEW 23, 790). Statt dessen übernahm Lenin von Karl Kautsky die Rede vom definitiven Fäulnisstadium des Kapitalismus, die in der DDR noch in den 1970er Jahren einen so intelligenten Marxisten wie Jürgen Kuczynski derart blenden konnte, dass er die Entwicklung der computerbasierten Automation im Westen nicht nur übersah, sondern für unmöglich erklärte. Letztlich waren es die Entwicklung der hochtechnologischen Produktivkräfte und die entsprechende Anpassung des institutionellen Gefüges der fortgeschrittenen Länder des Kapitalismus,

während sich die staatlichen, ja sicherheitsstaatlichen Produktionsverhältnisse in der Sowjetunion als unvereinbar mit der breiten Durchführung dieser Revolutionierung erwiesen, was zum Zusammenbruch des Staatssozialismus sowjetischen Typs geführt hat. Es ist dies eine Lektion, die nach dem Buchstaben der marxschen Lehre erfolgt ist. David Harveys Formel vom >Raub- oder Enteignungskapitalismus< darf nicht dazu verführen, vor der fortdauernden historischen Produktivität des Kapitalismus und seinen patentrechtlich-tributären Ausbeutungsverhältnissen die Augen zu verschließen. Auch die weitverbreitete Meinung, das Finanzkapital dominiere das produktive Kapital in einem Ausmaß, wie Lenin es sich nicht hätte träumen lassen (z.B. Ahmad 2003, 43), führt zur Unterschätzung der transnationalen Konzerne und der Entwicklung der hochtechnologischen Produktionsweise. Kurz, was der ersten Staatswerdung des marxistischen Sozialismus den Untergang bereitet hat, kann nur marxistisch, und zwar orthodox, verstanden werden.

Der Aufstieg des transnationalen High-Tech-Kapitalismus mit seinen tiefgreifenden Produktivkraft-Entwicklungen hat die Rede vom höchsten und letzten Stadium des untergehenden Kapitalismus blamiert. Und die Transnationalisierung des Kapitals bei unipolarer Konzentration globaler Herrschaftsmacht hat die These vom aus der Kapitalkonkurrenz notwendig

folgenden interimperialistischen Zusammenstoß überholt. In dem Maße, in dem Lenins Imperialismustheorie in den Hintergrund tritt, steigt aus dem Vergessen Karl Kautskys prognostische These eines >Ultra-Imperialismus< wieder auf, der >an die Stelle des Kampfes der nationalen Finanzkapitale untereinander die gemeinsame Ausbeutung der Welt durch das international verbündete Finanzkapital< setzen würde (Kautsky 1915, 144; zit.n. Deppe u.a., 2004, 31). Karl Heinz Roth stellt fest: >Gegenwärtig dominieren [...] die Strukturen und Institutionen eines durch die militärische Dominanz der USA gesicherten kollektiven Herrschaftsausgleichs, eines gegen den globalen Süden gerichteten ^Ultra-Imperialismus^^< (2005, 32).

Zunächst aber war die Imperialismustheorie aus dem Zentrum marxistischer Analysen verschwunden. Als bereits überall neoliberal dereguliert wurde, wurde die Regulations-Schule hegemonial. Als der auf Mechanisierung, Fließband und standardisierter monoton-repetitiver Arbeit basierte Fordismus der Automation Platz machte, wurde der in der von Gramsci vier Jahrzehnte zuvor ausgearbeitete Begriff des Fordismus unter marxistischen Intellektuellen populär. Kurz, wir haben einige Gründe, über unsere Verspätungen zu erschrecken und uns von diesem Schrecken in die Jetztzeit katapultieren zu lassen.

Wenn Lenins Imperialismusschrift durch ihre konjunkturelle Festlegung aufs unmittelbar bevorstehende Ende des Kapitalismus in die Vergangenheit verbannt ist, so gilt das Gegenteil für seine *Hefte zum Imperialismus*. In diesem seinem während des Ersten Weltkriegs fieberhaft geführten Arbeitsjournal wertet er aus, was immer ihm an konkreten Analysen der konkreten kapitalistischen Institutionen und Akteure unter die Augen kommt. Diese *Emigrationshefte* sind aktueller als Lenins Imperialismusschrift. Ihr enormes Material, dessen Kompilator sich für seine Verhältnisse mit Kommentaren zumeist zurückhält, hat die theoretische Auswertung noch vor sich. Aus ihm hätten sich auch andere Bücher schreiben lassen. Für uns Heutige hält es überraschende Wiedererkennungseffekte en masse bereit. Es ist, als gäben Lenins Exzerptheft einen Blick in die Archäologie der Jetztzeit frei. Und zwar einen heilsamen Blick, weil er die säkulare Dimension von Entwicklungen zeigt, die wir anders gründlich missverstehen müssten. In gewisser Weise ist das meiste, was heute für spezifisch neu gehalten wird, bereits da, nur die Kräfteverhältnisse sind noch andere und für einige Regulations-Institutionen des Weltkapitalismus sind die Verhältnisse noch nicht reif, nicht zuletzt sind sie noch nicht mit den adäquaten Produktivkräften mit entsprechender Produktionsweise ausgestattet, wie der Computer sie inzwischen möglich und das Internet sie jedem erfahrbar

gemacht hat. Doch schon damals brüten in den Köpfen der kapitalistischen Eliten Ideen, die heute auf die Titelseiten der Zeitungen gerückt sind. So wenn Lenin im *Grundriss der Sozialökonomie* die Überlegung ausgräbt, dass das >^imperium et libertas^^, dem der Angelsachse von Cromwell bis zu Rhodes seine größten Erfolge verdankte!<, für Deutschland noch uneinholbares Vorbild sei (zit. 41). Heute steht die Formel >Imperium und Freiheit< in anderer Weise in Frage. Denn Freiheit steht für Zustimmung.

III.

Das Verhältnis von Imperium und Imperialismus wäre nach dem bisher Angedeuteten keines der Ausschließung, sondern würde den inneren Widerspruch des Weltkapitalismus bezeichnen. Dessen dominante Akteure sind die transnationalen Konzerne. In Form der großen Handelsgesellschaften gab es solche Konzerne bereits im Frühkapitalismus. Im Unterschied zu ihren Vorgängern vergangener Jahrhunderte sind die >global players< des Weltmarkts heute mit einer Basistechnologie unmittelbar globaler Reichweite in Gestalt der integrierten Informations- und Kommunikationstechnologien ausgestattet. Als Aktionsfeld *müssen* sie einen möglichst homogenen Herrschaftsbereich mit einheitlichen Verkehrsverhältnissen,

Eigentumsgarantien und Instanzen der Konfliktschlichtung anstreben. Unter den gegenwärtigen und in absehbarer Zeit zu erwartenden Verhältnissen können sie dies nur dank der absoluten militärischen Übermacht dieses einen Nationalstaats USA erreichen. Kein anderer hat den Globus im Griff seiner Militärstützpunkte und Waffensysteme. Dabei strebt die Vormacht nach ihrem Vorteil. Jener eine Nationalstaat setzt – mit ungeheuren Kosten – diese seine Übermacht nur ein, um seine Position zu stärken und Abhängigkeiten der anderen Staaten zu erzeugen oder bestehende zu perpetuieren. Es kann sich dabei um militärische oder technologische Abhängigkeiten handeln oder um den Zugang zu knappen Ressourcen wie Petroleum oder Uranbrennstäben. Doch muss die Vormacht dies in der Form allgemeiner Standardsetzung tun, und sie muss den Globus einem gesicherten Verkehr transnationalen Kapitals erschließen. Übermacht ist sie um den Preis der Überkonsumtion. Sie borgt die finanzielle Basis ihrer militärischen Macht bei ihren Vasallen. >In dieser Hinsicht bot der Kalte Krieg den USA natürlich eine fantastische Gelegenheit.< (Harvey 2005, 45) Zwar herrschte nach wie vor die von Marx auf die Formel gebrachte Konkurrenz: >Je ein Kapitalist schlägt viele tot.< (MEW 23, 790) Doch alle fürchteten die Enteignung durch die Kommunisten. Die USA wurden zur Festung und Garantiemacht des globalen Kapitals.

Die USA würden demnach einerseits als globaler Gesamtkapitalist fungieren, andererseits als staatliches Konkurrenzorgan des nationalen Kapitals. Freilich lassen sich die ökonomischen Aktivitäten der dominanten Akteure des US-Kapitals noch viel weniger als zu Rosa Luxemburgs Zeiten auseinanderrechnen, da ihre Wertschöpfungsketten grenzüberschreitend organisiert sind. Dem transnational aktiven US-Kapital geht es eher um die Expansion von Verkehrsverhältnissen und –normen, die in Gestalt der WTO sogar eine Art von wirtschaftspolitischer Gerichtsbarkeit erhalten haben.

Sofern der US-Staat diese Vereinheitlichung vorantreibt, dient er dem transnationalen Kapital insgesamt. Wo immer dieser Dienst an der Gesamtheit des am Weltmarkt, also grenzüberschreitend und transnational aktiven Kapitals leistungsfähigeren Konkurrenten des US-Kapitals Vorteile sichert, spaltet sich die US-Politik. Der Imperialstaat verlangt nach dem Privileg, in seinem Fall die Entgrenzung des Kapitalismus in den Grenzen der nationalen Interessen zu halten. Freihandel soll *bei* den andern grenzenlos gelten, nicht *für* die andern.

Nach der Regel >wer sich nicht kaufen lässt, wird liquidiert< kann die aggregierte Macht der staatlichen und privaten Weltmarktinteressenten verhindern, dass kapitalistische Konkurrenz sich in der Form staatlicher Rivalitäten artikuliert. Die Antagonismen würden weitgehend entstaatlicht um

den Preis, sich in den einzelnen Staatsgesellschaften verschärft zu reproduzieren. Dies folgt daraus, dass >das amerikanische Imperium nur vermittels anderer Staaten zu regieren vermag< (Panitch/Gindin 2003, 32f). Die Nationalstaaten haben also nicht ausgedient, doch ihre Funktion reduziert sich, wie Aijaz Ahmad meint, in diesem Zusammenhang darauf, lokale disziplinäre Arbeitsregimes durchsetzen (2003, 45). Ich nenne das die >Kazikisierung< der Nationalstaaten, abgeleitet vom Kaziken, dem indianischen Dorfhäuptling, der einerseits die Unteren vertrat und von ihnen getragen werden musste, andererseits und dominantermaßen aber die Imperialherrschaft ihnen gegenüber durchsetzte. Diese Kazikisierung oder klientelistische Subalternisierung der schwächeren Nationalstaaten bildet aber auch eine Achillesferse der Weltherrschaft des transnationalen Kapitals, da diese seine unentbehrlichen staatlichen Intermittenten ob ihrer Verbindung mit ihm ihre Legitimation zu verlieren drohen.

Nicht um interimperialistische Rivalitäten, sondern um die Widersprüche des Imperialismus insgesamt geht es daher nach Panitchs und Gindins Überzeugung (2003, 32) in der gegenwärtigen Konstellation. Die Vorstellung einer transnationalen Kapitalistenklasse halten sie für ebenso unreal wie den Glauben an die Wiederkehr der Rivalität zwischen nationalen Bourgeoisien (24). Doch es ist eine Frage der Gewichtung und des Standpunkts, ob man

solche Antinomien als Widersprüche des Imperialismus fasst oder bereits als Widersprüche des zugrundeliegenden Imperiums, das aufgrund seiner Existenzbedingung eines Weltpolizisten vom Imperialismus heimgesucht wäre. In den Epochen des Imperialismus prallten Imperialismen aufeinander. Wenn Panitch und Gindin Recht damit haben, dass ein >wohlwollendes Imperium in der heutigen Welt kaum mehr als eine Illusion sein kann<, gäbe es nurmehr einen einzigen Imperialismus, allenfalls mit regionalen Subimperialismen im gelegentlich widerstrebenden Gefolge.

Die meisten marxistischen Beobachter stimmen heute darin überein, dass die Situation zwar instabil ist, über die weitere Entwicklung aber nur spekuliert werden kann. Auch wo auf den ersten Blick eindeutige Losungen verkündet werden, sieht man auf den zweiten Blick die Fragwürdigkeit. So in einer gemeinsamen Erklärung von Samir Amin, François Houtard und Ignacio Ramonet unter dem plakativen Titel >Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen<. Im analytischen Teil heißt es dort: >Die USA vernichten die Autonomie der Länder des Südens und schränken auch die Autonomie der ^Verbündeten^^ von Washington erheblich ein. Die Ökonomie bringt die Triade-Länder zusammen, die Politik aber bringt ihre Nationen auseinander.< (2006, 3) In Wirklichkeit könnte es sich umgekehrt verhalten und könnte es sein, dass das Kapital diese Nationen – aber sind sie die Subjekte, um die es

hier geht? – auseinanderbringt, während die Politik unablässig beschäftigt ist, die Risse zu kitten. Die drei Autoren rufen dann dazu auf, > das Militärprojekt der USA zum Scheitern zu bringen<. Sie sagen nicht, wie das gehen könnte. Doch darauf folgt gleich der Nachsatz: >Aber dieses Scheitern wird mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen.< (4) Die Autoren explizieren diesen Widerspruch nicht näher, dass sie zu etwas aufrufen, was mit entsetzlichen Folgen für die Menschheit einhergehen wird. Sie scheinen an ein Außerhalb des Imperiums zu glauben, belassen es aber auch hier bei schattenhaften Andeutungen: >Nur die angegriffenen Völker selber<, sagen sie, >sind in der Lage, den Ansprüchen von Washington Einhaltung zu gebieten. Allerdings sind ihre Kampfmethoden oft von fragiler Effizienz [...]. Sie greifen nämlich zu Mitteln, die eine Kristallisierung der Solidarität von Seiten der Völker des Nordens verzögern.< (4) Klartext spricht dagegen Aijaz Ahmad: >Wo nationale Befreiung war, ist jetzt Terrorismus< (2003, 47). Es ist wahr, die neoliberale Globalisierungspolitik hat den nationalen Befreiungs- und Entwicklungsregimen vollends das Rückgrat gebrochen. Dennoch ist es fragwürdig, ob sich die Aussage von Amin u.a., dass die USA die Autonomie der Länder des Südens vernichten, in dieser Allgemeinheit halten lässt. Die Politiken der Abkoppelung (delinking) vom Weltmarkt und der >self reliance< sind primär aus endogenen Gründen

gescheitert. Und die BRIC-Länder (Brasilien, Russland, Indien, China), von denen zumindest drei zum >Süden< zählen, haben durch ihre Integration in den Weltmarkt ihre Handlungsspielräume bei allen Widersprüchen auch erweitern können. Kaum hatten Samir Amin u.a. erklärt: >Russland, China und Indien sind die drei strategischen Feinde des amerikanischen Projekts< (3), wurde in Neu Delhi die strategische Partnerschaft mit den USA besiegelt. Kurz, die Verhältnisse und ihre Dynamik bleiben widersprüchlich. Es ist dies nicht der Moment für abschließende Antworten. Es ist aber auf jeden Fall der Moment, mit den weiterentwickelten marxistischen Denkmitteln die Widersprüche des Weltkapitalismus zu analysieren, um die Handlungsfähigkeit innerhalb desselben zu erhöhen und der noch ausstehenden Renaissance einer progressiven Alternative zum Kapitalismus den Boden zu bereiten. Colin Leys und Leo Panitch bringen unsere Aufgabe auf den Punkt: Wenn die Linke *nicht* die ökonomischen, politischen und ökologischen Widersprüche des gegenwärtigen Imperialismus analysiert und daraus wirksame Gegenstrategien entwickelt, wird die Antwort zunehmend von >reaktionären und atavistischen Elementen< kommen (2003, IX). Das aber würde ins Kalkül der die USA regierenden Extremisten passen. Die US-Politik hat den reaktionären Antiimperialismus groß gemacht. Nun haben sie einen Nachfolger für den verlorengegangenen Feind des Kalten Kriegs: Ein veritables

Weltkriegsszenario mit der ubiquitären Figur des virtuell omnipräsenten Terroristen. Scherheit gäbe es nur für Klienten der USA. Das Imperium des Weltkapitalismus käme unter flagrant imperialistisches Management.

Imperium oder Imperialismus? Diese Frage sucht das kapitalistische Weltsystem gegenwärtig heim. Die Linke hat nur von innen heraus eine Chance. Sobald der Antagonismus exportiert ist, hat sie verloren.

Literatur

Ahmad, Aijaz, >Imperialism of Our Time<, in: *Socialist Register 2004: The New Imperial Challenge*, London 2003, 43-62

Althusser, Louis, *Ideologie und ideologische Staatsapparate*, Hamburg 1977

Amin, Samir, François Houtard u. Ignacio Ramonet, >Das imperiale Projekt zum Scheitern bringen. Vier Bausteine für eine wirklich multipolare Welt<, in: *Sand im Getriebe* 48, Jan. 2006, 3f

Anderson, Jan Otto, >Imperialismus<, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, hgg. v. Wolfgang Fritz Haug, Bd. 6/I, Hamburg 2004, 848-64

Benjamin, Walter, >Über Sprache überhaupt und die Sprache des Menschen< (1916), *Gesammelte Schriften*, II.1, 140-57

Bieling, Hans-Jürgen, >Die Europäische Union: eine neue Supermacht mit imperialen Ambitionen?<, in: *Prokla* 138, 35. Jg., 2005, H. 2, 247-66

Deppe, Frank, Stephan Heidbrink, David Salomon, Stefan Schmalz, Stefan Schoppengerd u. Ingar Solty, *Der neue Imperialismus*, Heilbronn 2004

Harvey, David, *Der neue Imperialismus*, aus dem Amerikanischen von Britta Dutke, Hamburg 2005

Haug, Wolfgang Fritz, *Dreizehn Versuche marxistisches Denken zu erneuern*, gefolgt von *Sondierungen zu Marx / Lenin / Luxemburg*, Hamburg 2005

Ders., *High-Tech-Kapitalismus. Analysen zu Produktionsweise, Arbeit, Sexualität, Krieg und Hegemonie*, Hamburg 2003, 2. Aufl. 2005

Hirsch, Joachim, >Die Internationalisierung des Staates<, in: *Das Argument* 236, 42. Jg., 2000, H. 3, 325-40

Ignatieff, Michael, >The Burden<, NYT, 5.1.03, Sunday Magazine, 22-54

Kautsky, Karl, >Zwei Schriften zum Umdenken<, in: *Die Neue Zeit*, 33. Jg., 1915, Bd. II, Nr. 4, 138-46

Lenin, Wladimir Iljitsch, *Hefte zum Imperialismus*, Berlin/DDR 1957

Ders., *Werke*, Berlin/DDR 1961ff (zit. LW)

Leys, Colin, u. Leo Panitch, Vorwort zu *Socialist Register 2004: The New Imperial Challenge*, London-New York-Halifax 2003, VII-X

Dies., Vorwort zu *Socialist Register 2005: The Empire Reloaded*, London-New York-Halifax 2004, VII-IX

Marx, Karl, *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt/M 1969 (zit. Res)

Ders., u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin/DDR 1958ff (zit. MEW)

Panitch, Leo, u. Sam Gindin, >Global Capitalism and American Empire<, in: *Socialist Register 2004: The New Imperial Challenge*, London 2003, 1-42

Roth, Karl-Heinz, *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, Hamburg 2005

Weber, Max, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2 Bde., Tübingen 1956 (zit. WuG)